



Postulat Schwegler-Thürig Isabella und Mit. über eine Überprüfung der Einigung zwischen VBL und VVL vor Unterzeichnung

eröffnet am 18. Mai 2020

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf einzuwirken, dass eine mögliche Einigung zwischen den Luzerner Verkehrsbetrieben (VBL) und dem Verkehrsverbund Luzern (VVL) erst nach öffentlicher Diskussion und Information in der Verkehrs- und Baukommission abgeschlossen wird.

Begründung:

Die beiden Organisationen VBL und VVL haben in der Öffentlichkeit für erhebliche Irritationen gesorgt und durch eine wechselhafte Kommunikationspolitik viel Vertrauen verspielt. Umso wichtiger ist es, dass die Politik eine mögliche Einigung prüft und diese vor einer allfälligen Unterzeichnung auch der Öffentlichkeit vorliegt. Allfällige Berechnungen müssen vorgelegt werden und überprüfbar sein. Die im VVL vertretenen Gemeinden müssen die Gewissheit haben, dass die von den VBL an den VVL zurückbezahlte Summe in Wirklichkeit nicht noch viel höher sein müsste.

Nur so kann der Eindruck vermieden werden, dass sich die beiden Organisationen eines Problems zu entledigen versuchen, um mögliche weitergehende Konsequenzen zu vermeiden.

Schwegler-Thürig Isabella

Schneider Andy

Muff Sara

Budmiger Marcel

Candan Hasan

Wimmer-Lötscher Marianne

Fässler Peter

Ledergerber Michael

Zemp Baumgartner Yvonne